

# THE NEW WORKER

*Deutsche Übersetzungen aus dem Zentralorgan der Neuen Kommunistischen Partei  
Großbritanniens (NCP) – Ausgabe vom 17. Mai 2024*

## **Die Alten erinnern sich...**

...die jungen Menschen hingegen warten. Der 15. Mai ist der Nakba-Tag. An diesem Tag im Jahr 1948 begann der erste arabisch-israelische Krieg. Er ist nie zu Ende gegangen. Doch die Tragödie der palästinensischen Araber begann, als der britische Imperialismus 1918 erstmals ihr Land besetzte und die zionistische Einwanderung durch die Balfour-Doktrin förderte. Der britische Imperialismus wollte eine Gemeinschaft zionistischer Siedler schaffen, die seine Besetzung Palästinas auf unbestimmte Zeit verlängern sollte. Die Zionisten halfen dem britischen Kolonialismus bei der Niederschlagung des Palästina-Aufstandes im Jahr 1936. Nach der Niederlage der Achsenmächte im Jahr 1945 ergriffen die Zionisten jedoch die Gelegenheit, einen eigenen Staat zu fordern. Im Jahr 1948 endete das britische Kolonialmandat und der Staat Israel wurde ausgerufen.

Der erste Krieg führte zur Vertreibung von rund einer Million palästinensischer Araber aus ihrer Heimat durch das zionistische Regime. Diese Flüchtlinge und ihre Nachkommen haben ihr Recht auf Rückkehr in ihr Land nie aufgegeben. Und das ist der Kern der Krise, die zu fünf großen Konflikten, endlosen Konfrontationen und dem aktuellen Krieg in Gaza geführt hat.

Die Zionisten wollten ursprünglich den gesamten Nahen Osten „vom Nil bis zum Euphrat“, und Israels herrschende Cliquen halten immer noch an dem Traum fest, ganz Palästina in ein „Groß-Israel“ zu verwandeln. Sie behaupten, einem mythischen zionistischen Ideal als Bollwerk gegen Verfolgung zu dienen. In Wirklichkeit liefern sie dem Imperialismus lediglich Kanonenfutter für die strategischen Ziele des amerikanischen Imperialismus. Weit davon entfernt, ein zionistisches Paradies zu sein, ist Israel heute einer der schlimmsten Orte für Juden, geplagt von ständigen Konflikten mit den Palästinensern und wirtschaftlicher Not aufgrund seiner Isolation und völligen Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus.

Israel ist wirtschaftlich und politisch völlig abhängig von amerikanischer Waffen- und Wirtschaftshilfe, und die aufeinander folgenden israelischen Regierungen existieren nur, um den Bedürfnissen des amerikanischen Imperialismus in der Region zu dienen. Und diese Bedürfnisse bestehen darin, die Araber zu schwächen und zu spalten, um sicherzustellen, dass die großen Ölkonzerne ihre Ausbeutung und Plünderung des arabischen Öls fortsetzen können, bis es schließlich ausgeht.

Letzten Endes ist Israel ein amerikanisches Protektorat, das ohne den Willen Washingtons nichts tun kann. Der Schwanz wedelt nicht mit dem Hund und Israel und die amerikanische „zionistische Lobby“ diktieren nicht die amerikanische Außenpolitik. Sie dienen ihr.

Die Amerikaner sagen, sie wollen eine „Zwei-Staaten-Lösung“, die das arabische Jerusalem und große Teile des besetzten palästinensischen Westjordanlandes unter israelischer Besatzung belässt und im Gegenzug ein weitgehend unterentwickeltes Gebiet um den

Gazastreifen herum erhält. Die Palästinenser bekämen ein machtloses Marionettenregime in dem, was vom Westjordanland übrig ist, und die Flüchtlinge, die inzwischen Millionen zählen, gingen leer aus. Und selbst diese Brosamen sind zu viel für die derzeitige israelische Regierung, die alle besetzten Gebiete für die weitere zionistische Besiedlung offen halten will.

Die Amerikaner glauben, dass sie heute im Nahen Osten das Sagen haben. Sie glauben, dass jeglicher Widerstand niedergeschlagen werden kann, und hoffen, dass sie willige arabische Werkzeuge finden, die ihren Willen erfüllen, die weiße Fahne hissen und einen Kapitulationsfrieden unterzeichnen.

Doch imperialistische Gewalt führt immer zu einem ebenso gewalttätigen Widerstand. Die Weigerung des Imperialismus, dies anzuerkennen, hat zu der Spirale von Gewalt und Terror geführt, die den ersten arabisch-israelischen Krieg auslöste, der sich nun auf die ganze Welt ausgebreitet hat. Eine dauerhafte Lösung muss auf dem Rückkehrrecht der Flüchtlinge und einem unabhängigen palästinensischen Staat beruhen, wobei Israel alle seit 1967 eroberten Gebiete aufgeben muss.

## **Araber schlagen zurück, als Israelis auf Rafah marschieren** von unserem Korrespondenten für arabische Angelegenheiten

**N**akba-Tag. An diesem Tag gedenken die Araber der ethnischen Säuberung der Palästinenser durch die zionistischen Banden, die 1948 begann. Fast eine Million palästinensische Araber wurden in dem Krieg, der am 15. Mai 1948 nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft und der Ausrufung des Staates Israel begann, aus ihren Häusern vertrieben. Diese Woche trafen sich die arabischen Staats- und Regierungschefs in Bahrain zu einem Gipfeltreffen, das ganz im Zeichen des aktuellen israelischen Angriffs auf den Gazastreifen stand, während die palästinensische Guerilla im nördlichen Gazastreifen mit tödlichen Raketenangriffen und Hinterhalten auf israelische Patrouillen zurückschlug. Die Israelis versuchen, die Waffenstillstandsgespräche in Kairo mit einer Hinhalte-taktik in die Länge zu ziehen. Der libanesische Widerstand verstärkt seinen täglichen Raketenbeschuss im Norden Israels. Israelische Feuerwehrtteams versuchen, die Flammen zu löschen, die auf den Militärstützpunkt Tel Hashomer bei Tel Aviv übergegriffen haben. Und Hunderttausende von Palästinensern fliehen aus Rafah, während die Israelis auf die größte arabische Stadt im Süden des Gazastreifens vorrücken.

Unterdessen weist das Weiße Haus Behauptungen über einen Völkermord im Gazastreifen zurück, obwohl mehr als 35.000 Palästinenser - zumeist Frauen und Kinder - getötet wurden, und versteckt sich hinter der Behauptung, dass die Definition von Völkermord Vorsatz voraussetzt, was nach israelischer Auffassung erstaunlicherweise nicht der Fall ist. Gleichzeitig plant die Biden-Administration eine neue milliardenschwere Tranche an Militärhilfe für Israel, obwohl sich Washington angeblich gegen eine umfassende Invasion von Rafah im südlichen Gazastreifen ausspricht und Bedenken wegen der steigenden Zahl von Todesopfern unter der Zivilbevölkerung hat. Und eine jüdische Mitarbeiterin der Biden-Administration hat aus Protest gegen die fortgesetzte Unterstützung Israels durch die USA inmitten des Krieges gegen Gaza gekündigt. Lily Greenberg Call, Sonderassistentin des Stabschefs im US-Innenministerium, schrieb in ihrem Rücktrittsschreiben, sie könne die Regierung nicht „guten Gewissens weiter vertreten“, da Biden „Juden zum Gesicht der amerikanischen Kriegsmaschinerie“ mache.

Zurück in Israel zeigen sich offen Risse in Netanjahus Kriegscoalition, da zwei pensionier-

te Generäle, die zu Politikern wurden, ihre Differenzen öffentlich zum Ausdruck brachten. Verteidigungsminister General Gallant erklärte öffentlich, dass Israel nach Beendigung des Krieges nicht an der Militärregierung in Gaza beteiligt sein sollte. Er wurde von einem anderen Mitglied des Kriegskabinetts, General Benny Gantz, unterstützt, der sagte, Gallant spreche die Wahrheit und es sei die Aufgabe der Führung, um jeden Preis das Richtige für das Land zu tun. Der israelische Oppositionsführer Yair Lapid, der die liberalzionistische Partei Yesh Atid (Es gibt eine Zukunft) führt, sagte, die Regierung Netanjahu habe die Kontrolle verloren. „Die Beziehungen zu den USA kollabieren, die Mittelschicht bricht zusammen“, sagte Lapid. „Jeden Tag werden in Gaza Soldaten getötet, und im Fernsehen streiten sie sich untereinander. Das Kabinett ist demontiert und funktionsunfähig. Die Minister protestieren vor den Kabinettsitzungen.“

„Vor sechsundsiebzig Jahren floh mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung während des arabisch-israelischen Krieges von 1948 aus ihrer Heimat oder wurde vertrieben. Viele von ihnen und ihre Nachkommen wurden zu Flüchtlingen im Gazastreifen“, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, während der regulären Pressekonferenz am Mittwoch. „Sechsundsiebzig Jahre später ist das historische Unrecht, das das palästinensische Volk erlitten hat, noch lange nicht behoben, sondern hat sich weiter verschlimmert.“

Die Volksrepublik China lehnt die Ausweitung der Kämpfe auf Rafah entschieden ab und wendet sich gegen die kollektive Bestrafung der Menschen in Gaza. Wir unterstützen die Errichtung eines unabhängigen Staates Palästina mit voller Souveränität auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Und wir sind dafür, dass Palästina so bald wie möglich ein vollwertiges UN-Mitglied wird“, sagte er.

Wang wies darauf hin, dass China weiterhin mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten werde, um eine frühzeitige, umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung der palästinensischen Frage zu fördern, die Nakba ein für alle Mal zu beenden und eine friedliche Koexistenz zwischen Israel und Palästina sowie eine Harmonie zwischen Arabern und Juden zu erreichen.

## **Kultur und Klassenkampf** von New Worker-Korrespondent

**L**iverpool stand schon oft im Mittelpunkt des Klassenkampfes. Im Jahr 1911 war die Stadt Schauplatz eines gewalttätigen Generalstreiks, an dem die Transportarbeiter der Stadt beteiligt waren. Im Jahr 1919 kam es zu einem Polizeistreik, der so effektiv war, dass die Polizei nicht mehr streiken durfte. In den 1990er Jahren war es Schauplatz des letzten großen Hafenstreiks in Großbritannien. Heute sind es die Museumsmitarbeiter, die an der Spitze des Klassenkampfes der Stadt stehen. Die Nationalen Museen Liverpool (NML) sind vielleicht einzigartig, weil sie eine Einrichtung sind, die von Margaret Thatcher verstaatlicht wurde, als sie die fast bankrotten Kultureinrichtungen der Stadt rettete. Bisher wurden acht Wochen lang das Museum of Liverpool, das World Museum, das International Slavery Museum und das Maritime Museum, die Walker Art Gallery, das Sudley House und die Lady Lever Art Gallery bestreikt, was zu Schließungen führte. Bei dem Konflikt geht es darum, dass das NML unter den 200 Ministerien, Agenturen und nicht-ministeriellen öffentlichen Einrichtungen eine der wenigen ist, die sich weigert, den 300 Beschäftigten eine Teuerungszulage von 1.500 Pfund zu zahlen, die die Beschäftigten vieler anderer ähnlicher Einrichtungen erhalten haben.

Seit Mitte Februar haben bereits 56 Streiktage stattgefunden, davon fünf Tage in diesem Monat, und sie werden noch zwei weitere Tage, neun im Juni und zwei im Juli, meist an Wochenenden, andauern, wenn die Situation nicht gelöst wird. Eine neue temporäre Ausstellung, National Treasures: Velazquez in Liverpool in der Walker Art Gallery ist die letzte, die davon betroffen ist. Die beteiligte Gewerkschaft PCS ist öffentlich optimistisch, dass NML einlenken wird, aber das sagte sie schon vor einem Monat. 94 Prozent der Mitglieder stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 69 Prozent für den Streik. Die Generalsekretärin der PCS, Fran Heathcote, sagte: „Unsere hart arbeitenden Mitglieder bei den Nationalen Museen Liverpool lieben ihre Arbeit, sind aber verärgert und fühlen sich unterbewertet, weil NML der einzige von mehr als 200 Arbeitgebern ist, der unter die Gehaltsrichtlinien für den öffentlichen Dienst fällt und den Lebenshaltungskostenbonus von 1.500 Pfund einbehält“. Sie warnte auch, dass „dieser Streit leicht gelöst werden kann, wenn der Arbeitgeber zustimmt, unseren Mitgliedern das zu zahlen, was ihnen zusteht. Sollte der Arbeitgeber dies nicht tun, werden unsere Mitglieder in den nächsten drei Monaten erneut streiken“. Die PCS-Mitglieder bei NML haben dafür gestimmt, ein „letztes Angebot“ über eine nicht konsolidierte Einmalzahlung in Höhe von 750 Pfund abzulehnen, die von der Beendigung des Streiks vor Ostern abhängig gemacht wurde. Ein mageres Bonbon in Form einer Erhöhung des Jahresurlaubs auf 30 Tage (von 28), einer Schließung an Heiligabend und sogar kostenlosen Tee, Kaffee und Milch in den Personalräumen wurde abgelehnt. Die NML behauptet, sie gehöre nicht zum öffentlichen Dienst, was technisch gesehen stimmt, aber es ist eine bekannte Tatsache, dass viele andere ähnliche Einrichtungen nach den gleichen Tarifen des öffentlichen Dienstes bezahlt werden.

Die Nationalbibliothek von Wales in Aberystwyth und sieben walisische Nationalmuseen haben ebenfalls Streiks zu diesem Thema durchgeführt. Laut NML sind die Durchschnittslöhne seit 2019/20 um 14 Prozent gestiegen, was zusätzliche Kosten von 2,4 Millionen Pfund pro Jahr verursacht. Die Erfüllung der Forderung von 1.500 Pfund würde insgesamt 750.000 Pfund kosten und das Museum unter seine Mindestreserve bringen. Seit 2010 hat das NML 6 Millionen Pfund an Zuschussmitteln verloren. Matt Exley, ein Vertreter der PCS-Niederlassung am NML, sagte jedoch: „Wir sind Beamte, wenn es ihnen passt, und wir sind nicht Beamte, wenn es ihnen passt. Der Ball liegt immer in ihrem Feld“. PCS weist darauf hin, dass einige NML-Beschäftigte unterhalb der Armutsgrenze leben. Das Sicherheitspersonal ist am stärksten betroffen, aber auch andere Beschäftigte haben ihre Probleme. Und die örtliche Labour-Abgeordnete Kim Johnson sagt: „Ich möchte, dass das Problem so schnell wie möglich gelöst wird, denn es hat nicht nur Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Museen, sondern auch auf unsere Stadt.“

## **Nicht nur Liverpool**

Dieser Konflikt wirft nur ein Schlaglicht auf das allgemeine Bild des Lebens im Kulturerbe-Sektor. Auf dem letztjährigen TUC-Kongress, der zufälligerweise in Liverpool stattfand, wurde das Thema auf einer von der Beamtengewerkschaft Prospect organisierten Randsitzung mit dem Titel "World Class Heritage, Second Class Pay" behandelt. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass Liverpool nicht das einzige Museum ist, das unter Schwierigkeiten leidet. Viel schlimmer sieht es in den kommunal finanzierten Einrichtungen aus, wo einige nicht nur mit Kürzungen der Öffnungszeiten, sondern auch mit dem Verkauf von Objekten konfrontiert sind, um sich über Wasser zu halten. Der jüngste Fall eines britischen Museums, das sich von privaten Sammlungen trennte, soll an dieser Stelle nicht weiter behandelt werden.

Selbst beliebte nationale Museen wie das Victoria & Albert Museum in Kensington, die Touristen anziehen, mussten im letzten Jahr eine Kürzung ihrer Zuschüsse um 10 Millionen Pfund hinnehmen.

Beim TUC verabschiedeten die Delegierten einstimmig einen Prospect-Antrag, in dem bedauert wird, dass „brutale Mittelkürzungen zu Schließungen und Kürzungen geführt haben“, und in dem ein Ende des „Regimes der Bezahlung zweiter Klasse“ gefordert wird, aber wir sollten nicht den Atem anhalten und auf Taten warten.

Jo Livesey, Verhandlungsbeauftragter bei Prospect, wies darauf hin, dass 42 Prozent der Beschäftigten im Kulturerbebereich weniger als den existenzsichernden Lohn verdienen. John Wilson, ein Prospect-Vertreter bei NML, wies darauf hin, dass Promovierte in diesem Sektor im Allgemeinen viel weniger verdienen als diejenigen mit vergleichbaren Qualifikationen in anderen Bereichen. Ein Naturschützer des National Trust berichtete, dass er trotz 15-jähriger Tätigkeit in diesem Sektor und eines Master-Abschlusses im Jahr 2022 nur ein Gehalt von über 20.000 Pfund erhielt.

Die Schattenarbeitsministerin der Labour-Partei, Alison McGovern, die Abgeordnete des nahe gelegenen Wirral South, wies darauf hin, dass der Kulturerbesektor einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweige ist. Sie hätte hinzufügen können, was sie aber nicht tat, dass dies daran liegt, dass alles andere zu Staub zerfällt. Sie behauptete auch, dass der von der Labour-Partei versprochene „New Deal“ die Dinge erheblich verbessern würde, aber das ist bereits verwässert worden.

Dieselbe Gewerkschaft hat 10.000 Mitglieder (von insgesamt 158.000) in Einrichtungen wie dem British Museum, der Royal Academy, den National Galleries of Scotland, den Royal Botanic Gardens und dem Science Museum sowie in privatisierten archäologischen Stiftungen. Kürzlich hat sie einen neuen Heritage Sector of Prospect ins Leben gerufen, um sie zu vertreten.

Museen und Bibliotheken werden oft als leichtes Ziel für Kürzungen durch die unter Druck stehenden lokalen Behörden angesehen. Im Oktober streikte das Personal von zwei großen Museen in Glasgow, um sich gegen die von der städtischen Organisation City Life geplanten Stellenstreichungen zu wehren. Sie will 7,1 Millionen Pfund einsparen, wovon 1,5 Millionen Pfund auf den Abbau von 38 Stellen entfallen. Gleichzeitig wollte die Zentralbibliothek der Stadt ihre Konservierungsabteilung auf eine einzige Person reduzieren.

Die Gewerkschaft Unison erklärte, die Kürzung der Zahl der Restauratoren könne zu einem „aufsehenerregenden Unfall“ führen und wertvolle Sammlungsstücke könnten beschädigt werden. Im Besonderen: „Die Tiefenreinigung der Ausstellungsorte durch das Fachpersonal der Konservierungsabteilung wird stark reduziert oder ganz verschwinden. Textilien von Weltrang in der Burrell Collection, taxidermische Exemplare in Kelvingrove und andere empfindliche organische Objekte werden ohne regelmäßige, wachsame Reinigung durch hochqualifizierte Spezialisten besonders gefährdet sein.“

Um auf das Land des Liedes zurückzukommen, hat der neue walisische Ministerpräsident Vaughan Gething kürzlich offen gesagt, dass das National Museum of Wales in Cardiff geschlossen werden könnte, da sein schlechter Zustand darauf zurückzuführen sei, dass dem NHS und dem Verkehrswesen Vorrang eingeräumt werde. Während er eine eilige Korrektur vornehmen musste, plant das Museum bereits den Abbau von 90 Stellen.

## Kämpfe um öffentliche Bibliotheken

In der Welt der öffentlichen Bibliotheken, die von den Kommunen unterstützt werden, gab es landauf, landab Arbeitskämpfe.

Einer davon fand in den beiden südlichen Londoner Stadtbezirken Bromley und Greenwich statt, wo die beiden Bibliotheksdienste von Greenwich Leisure Limited (GLL) betrieben werden. Die GLL wurde 1993 gegründet. Sie betreibt mehr als 250 Sport- und Freizeiteinrichtungen und 115 Bibliotheken im Auftrag von Kommunalbehörden in London und anderswo.

Die GLL ist ein „soziales Unternehmen“, das von sich behauptet, karitativ tätig zu sein, aber seine karitativen Aktivitäten drehen sich größtenteils darum, hohe Gehälter an leitende Angestellte zu zahlen und nicht an seine 10 800 größtenteils schlecht bezahlten Mitarbeiter. Diese üppigen Gehälter sind häufig der Grund dafür, dass solche Organisationen überhaupt gegründet werden - damit Ratsmitglieder hohe Gehälter beziehen können, anstatt sich mit den Spesen der lokalen Behörden für ihre Sitze in den Vorständen zu begnügen.

Die GLL bezeichnet sich selbst als „mitarbeitergeführte Organisation“. Theoretisch wählt sie ihr Personal in einen repräsentativen Vorstand, der als „Gesellschaft“ bezeichnet wird und dem Vorstand eines normalen Unternehmens entspricht. Die Mehrheit der Beschäftigten hat jedoch Null-Stunden-Verträge und wird nicht als „Personal“ eingestuft, was bedeutet, dass sie ausgeschlossen sind. GLL erkennt keine Gewerkschaften an und führt keine Lohnverhandlungen.

Ende März legten die der Unite angehörenden Beschäftigten in den beiden Stadtbezirken einen Tag lang die Arbeit nieder, um sich über niedrige Löhne und schlechte Arbeitspraktiken zu beschweren, zu denen auch der weit verbreitete Einsatz von Null-Stunden-Verträgen und schlechte Krankengeldregelungen gehören. Diese niedrigen Löhne, die unter den Normen der lokalen Behörden liegen, sind der Grund dafür, dass viele Gemeinden ihre Dienstleistungen gerne auslagern.

Der Streik brachte einen gewissen Erfolg, da eine 20-prozentige Erhöhung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle Beschäftigten im Vereinigten Königreich durchgesetzt wurde.

Unite-Generalsekretärin Sharon Graham sagte: „Dies ist zwar ein willkommener Schritt in die richtige Richtung, aber Unite wird sich nicht damit zufrieden geben. Unsere Mitglieder verdienen bessere Löhne und Bedingungen, und die GLL ist in der Lage, ihre Angebote auf breiter Front zu verbessern“. Mary Summers, eine Regionalbeauftragte, fügte hinzu: „Dieser Sieg wurde nur durch einen Arbeitskampf erreicht, aber wir sind noch nicht fertig. Wir müssen alle Verbesserungen durchsetzen, die unsere Mitglieder verdienen, und wir sind zuversichtlich, dass wir das gemeinsam erreichen werden.“

Andernorts sind die öffentlichen Bibliotheken oft als erste von den Kürzungen betroffen, die von den unter Druck stehenden Stadträten vorgenommen werden. Das County Councils Network (CCN) stellt fest, dass seit 2010/11, als die englischen Räte fast 1,6 Milliarden Pfund für Bibliotheksdienste, Kultur, kulturelles Erbe und Tourismus veranschlagten, der Betrag für 2023-24 um 472 Millionen Pfund auf 1,1 Milliarden Pfund gesunken ist, ein absoluter Rückgang, der durch die höhere Inflation noch verschärft wird.

Derselbe Bericht stellt fest, dass die Nachfrage nach Dienstleistungen steigt und dass viele lokale Behörden für 2024-25 weitere Kürzungen in Höhe von 650 Millionen Pfund bei

der Kulturförderung und der Finanzierung von Bibliotheken planen, um zusätzliche 500 Millionen Pfund für Pflegedienste bereitzustellen.

Auch wenn man gemeinhin davon ausgeht, dass öffentliche Bibliotheken im Internetzeitalter aus bildungspolitischer Sicht eine Art Luxus sind und dass es dringendere Prioritäten gibt als die Bereitstellung von Exemplaren des neuesten Mills & Boon, erfüllen sie dennoch wichtige Funktionen. Nicht jeder kann sich einen Internetzugang zu Hause leisten. Bibliotheken können Internetzugänge zur Verfügung stellen, die manchmal der beste Weg sind, um billige Bahnreisen zu bekommen. Sie bieten Lese- und Schreibkurse für Kleinkinder an und stellen allen möglichen lokalen Vereinen und Gruppen kostenlose oder billige Räumlichkeiten zur Verfügung. Die Kommunen sind zwar gesetzlich verpflichtet, einen „angemessenen Bibliotheksdienst“ anzubieten, doch ist das Konzept nicht definiert.

Stadtrat Sam Corcoran, stellvertretender Vorsitzender des CCN, bedauerte die Tatsache, dass „die Stadtverwaltungen seit 2010 kaum umhin kommen, ihre Ausgaben für Bibliotheken, Kultur und Tourismus erheblich zu kürzen, da die Mittel vorrangig für lebenswichtige Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden. Wir wissen, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger kulturelle Dienstleistungen schätzen, aber die Realität ist, dass wir es nicht vermeiden konnten, die Unterstützung für sie zu kürzen“. Er hat nicht gesagt, was getan werden sollte.

Dennoch werden in Orten wie Denbighshire, Nottingham und Swindon Haushaltskürzungen anstehen. Die Local Government Association hat davor gewarnt, dass etwa ein Fünftel der Gemeinden am Rande des Bankrotts steht. Der Stadtrat von Denbighshire spart 360.000 Pfund pro Jahr, indem er die Stundenzahl um 40 Prozent kürzt, obwohl 90 Prozent der 4.500 Antworten auf die Konsultation dagegen waren. Die Stadt Swindon schließt keine ihrer fünf Kernbibliotheken, sondern nimmt nicht näher bezeichnete Kürzungen in Höhe von 600.000 £ vor. Der Stadtrat von Nottingham streicht 31 Bibliotheksstellen, um 1,5 Millionen Pfund einzusparen. Im bankrotten Birmingham sind mindestens 26 lokale Bibliotheken von der Schließung bedroht.

In South Gloucestershire wehrt sich die Gewerkschaft Unison gegen die geplanten Kürzungen in Höhe von 473.000 Pfund, die ihrer Meinung nach die Stadtverwaltung daran hindern werden, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen, einen angemessenen Bibliotheksdienst anzubieten. In South Gloucestershire haben sich 3.900 Menschen an der offiziellen Anhörung beteiligt, die sich größtenteils gegen die Pläne aussprachen, aber vor kurzem wurden die Öffnungszeiten von 12 Zweigbibliotheken um jeweils 40 Stunden pro Woche gekürzt, um 273.000 Pfund zu sparen.

Nördlich der Grenze ist die Zahl der öffentlichen Bibliotheken in den letzten 15 Jahren von 627 auf weniger als 500 zurückgegangen, da die SNP-Regierung mit ihrem langjährigen Einfrieren der Gemeindesteuern den Kommunen das Leben schwer macht, was noch dadurch verschärft wird, dass sie die Mittel für die Kommunalverwaltung in den letzten zehn Jahren um mehr als ein Fünftel gekürzt hat.

**Die Homepage des „New Worker“ findet sich unter: [www.newworker.org](http://www.newworker.org) und die gedruckte englische Originalausgabe kann per Luftpost unter: [www.newworker.org/ncpcentral/nwsubs.html](http://www.newworker.org/ncpcentral/nwsubs.html) abonniert werden.**